

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 16.03.2026)

Titel: **Ä1 zu A2: Strukturreform von B90/Die Grünen:
Gegen Machtkonzentration und für
basisdemokratische Mitsprache**

Antragstext

Von Zeile 63 bis 69 löschen:

- ~~**Ausweitung der Macht der Antragskommission:** Die Reform ermöglicht es, der Antragskommission nicht nur Abstimmungsverfahrensvorschläge zu machen, sondern nun auch explizit qua Satzung "Vertagungen" oder "Nichtbefassungen" vorzuschlagen. Die Antragskommission darf zwar inhaltlich weder für die Annahme noch die Ablehnung eines Antrag-Empfehlungen aussprechen, aber eine Vorschlag z.B. zur "Nichtbefassung" kann de facto einer "Ablehnung" gleichkommen.~~

Begründung

Vorschläge wie Vertagung oder Nichtbefassung verhindern, dass die Versammlung zu viel Zeit an unausgereiften Anträgen verliert. Die Antragskommission darf diese Verfahren nur vorschlagen. Im Endeffekt entscheiden die Mitglieder in einem basisdemokratischen Prozess, ob dieses Verfahren angenommen oder abgelehnt werden soll.

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND (dort beschlossen am: 16.03.2026)

Titel: **Ä2 zu A2: Strukturreform von B90/Die Grünen:
Gegen Machtkonzentration und für
basisdemokratische Mitsprache**

Antragstext

Von Zeile 49 bis 55 löschen:

- ~~**Verschärfung der Antragsquoren:** Derzeit können 50 Basismitglieder auf der Bundesversammlung einen Antrag stellen. Die Reform sieht vor, das Quorum auf 0,05% der Anzahl der Parteimitglieder (derzeit ca. 90) zu erhöhen. Die Handlungsfähigkeit der Bundesversammlung ist von großer Bedeutung, gleichzeitig sollte es nicht dazu kommen, dass neben den Gremien nur noch mächtige Netzwerke innerhalb der Partei, Basisanträge stellen können. Das Antragsrecht ist ein wichtiges basisdemokratisches Recht.~~

Begründung

Der Verband wächst und damit auch unsere Mitgliedszahlen. Im letzten Jahr konnte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Mitgliederwachstum von 18,3 Prozent verzeichnen, mit knapp 184.000 Mitgliedern zum Jahreswechsel. Damit macht es nur Sinn, wenn das Antragsquorum auch mitwächst.

Außerdem würde das Quorum dazu beitragen bei der Bundesversammlung eine repräsentativere Auswahl der Anträge zu ermöglichen. Auf der Bundesversammlung werden immer mehr Anträge gestellt, als dass behandelt werden können. Dadurch

gibt es ein Priorisierungsverfahren. Das Problem bei zu vielen Anträgen im Priorisierungsverfahren ist, dass niemand sich alle Anträge komplett durchliest, sondern zum Beispiel anhand der Überschriften auswählt, welche Anträge behandelt werden sollen. Wären durch ein höheres Antragsquorum weniger Anträge im Priorisierungsverfahren wird dadurch also eine fundierte und bessere Auswahl der Anträge ermöglicht.

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 12.03.2026)

Titel: Ä1 zu A3: Wiederanerkennung des Arbeitskreises Bildung & Jugend

Antragstext

Von Zeile 21 bis 22 löschen:

Der Arbeitskreis trifft sich ~~einmal im Monat~~ im Büro der GRÜNEN JUGEND München in der Franziskanerstraße 14. Beim ersten Treffen werden die Koordinierenden für

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der Grünen Jugend München (dort beschlossen am: 12.03.2026)

Titel: **Ä1 zu A4: Femizide stoppen - Frauenhäuser stärken!**

Antragstext

Von Zeile 6 bis 10:

Die hohe Zahl an Femiziden hängt direkt mit der zu geringen Anzahl an Frauenhäusern zusammen. ~~Wir fordern die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention. Das bedeutet: Ausreichend Raum, barrierefreie Zimmer und eine personelle Ausstattung, die auch eine spezialisierte Beratung für traumatisierte Frauen und ihre Kinder ermöglicht.~~ Deswegen fordern wir, dass mindestens alle nach der Istanbul-Konvention geforderten Frauenhausplätze geschaffen werden, die GRÜNE JUGEND München setzt sich jedoch auch für einen Ausbau darüber hinaus ein.

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 12.03.2026)

Titel: **Ä2 zu A4: Femizide stoppen - Frauenhäuser stärken!**

Antragstext

Von Zeile 21 bis 33:

~~Die GRÜNE JUGEND München verpflichtet sich dazu, im Juli eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne zum Thema Frauenhäuser und patriarchale Gewalt durchzuführen. Im Zentrum dieser Kampagne steht die Aufklärung über das fatale und intransparente Finanzierungs-Labyrinth aus Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln sowie unterschiedlichen Trägerschaften. Wir machen deutlich: Dass der Schutz vor Gewalt in München von bürokratischem Zuständigkeits-Hickhack und der mangelnden Bereitschaft des Freistaats Bayern zur Vollfinanzierung abhängt, ist ein unhaltbarer Zustand. Wir kritisieren scharf, dass die chronische Unterfinanzierung und das Fehlen eines einheitlichen Rahmengesetzes direkt auf dem Rücken von Betroffenen ausgetragen werden. Ziel der Kampagne ist es, den öffentlichen Druck auf die Entscheidungsebenen zu erhöhen und die Forderung nach einer verlässlichen, bedarfsgerechten und staatlich garantierten Finanzierung als Pflichtaufgabe unüberhörbar zu machen.~~

Wir fordern, dass im Verbandsjahr 25/26 der GRÜNEN JUGEND München eine Öffentlichkeitskampagne zur Situation der Münchner Frauenhäuser stattfindet.

Ä3

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 12.03.2026)

Titel: **Ä3 zu A4: Femizide stoppen - Frauenhäuser stärken!**

Antragstext

Von Zeile 34 bis 43:

~~Die GRÜNE JUGEND München erkennt die besondere Schutzbedürftigkeit von TINA*-Personen (trans*, inter-, non-binäre und agender Personen) vor patriarchaler Gewalt an. Die Schaffung von TINA*-Schutzräumen würdigt die GRÜNE JUGEND München und verpflichtet sich dazu, sich zukünftig eine fundierte Wissensbasis über die besondere Schutzbedürftigkeit von TINA*-Personen anzueignen und auf dieser aufbauend in Zusammenarbeit mit Expert*innen ein Bildungsangebot für die Mitglieder der GRÜNEN JUGEND München zu schaffen.~~

Zusätzlich wird der Vorstand beauftragt sich tiefer mit diesem Thema auseinanderzusetzen und in diesem Zuge eine Bildungsveranstaltung zu organisieren.

~~Des Weiteren soll ein Antrag auf der nächsten Mitgliederversammlung zu den Schutzbedürfnissen von TINA*-Personen, ob in der Politik oder außerhalb, mithilfe von Expert*innen und Betroffenen gestellt werden.~~

Ä4

Antrag

Initiator*innen: Loris Stern (KV München)

Titel: **Ä4 zu A4: Femizide stoppen - Frauenhäuser stärken!**

Antragstext

In Zeile 5:

Jede schutzsuchende **FrauFLINTA*-Person verdient Schutz!**

Begründung

Patriachale Gewalt unterdrückt alle FLINTA*-Personen, nicht nur Frauen. In diesem Kontext ist es wichtig, einheitlich (wie auch in Teilen des restlichen Antrags) den Begriff FLINTA* zu verwenden.

Ä5

Antrag

Initiator*innen: Loris Stern (KV München)

Titel: **Ä5 zu A4: Femizide stoppen - Frauenhäuser stärken!**

Antragstext

Nach Zeile 10 einfügen:

Sichtbarkeit und Einbindung von TINA* (Trans, Inter-, Non-binäre, Agender) Personen

Begründung

Das verbreitetere Akronym ist TINA*, da es auch agender Personen inkludiert.